

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib  
Tageblatt Rieser,  
Fremde Nr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontonr.  
Rieser 1890,  
Stroßlaffe:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 79.

Dienstag, 5. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und ablesbarer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Befüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Redaktionsrat und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Ein Gegenvorschlag Dingeldeys an Eugenbergs. Offener Brief Dingeldeys an den deutschnationalen Parteiführer Eugenbergs.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey erläßt unter dem 4. April folgenden „Offenen Brief“ an den deutschnationalen Parteiführer Eugenbergs:

Sehr geehrter Herr Eugenbergs!

Sie haben unterm 30. März eine öffentliche Aufforderung an die bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum gerichtet, bei den kommenden preussischen Wahlen ihre Reklamation der deutschnationalen Partei zuzuführen für die Gegenstellung, auf der Landesebene der deutschnationalen Partei einige Sitze zu erlangen, deren Inhaber dann als Kandidaten der deutschnationalen Fraktion beitreten sollen. Das Echo, das Ihr Vorschlag in der Öffentlichkeit, auch in Ihnen nachstehenden politischen Kreisen, gefunden hat, wird Sie bereits davon überzeugt haben, daß eine solche Methode völlig unangebracht ist, die Stütze des nationalen Bürgerturns im Kampf um das neue Preußen zu verhängen.

Ich will auf die begleitenden und zum Teil kränklichen Bemerkungen, mit denen Sie Ihren Vorschlag begründet haben, im Interesse der Sache heute nicht mehr eingehen. Ich entnehme aber zu meiner Genugtuung der Tatsache Ihres Vorschlags, daß auch Sie entgegen der bisherigen Taktik erkannt haben, daß eine Zusammenfassung der nationalen Kräfte des Bürgerturns im Kampf um Preußen und das Reich angesichts der drückenden Gefahren sozialistischer Bewegungen die Forderung des Tages ist. Im Kampf um Preußen im besonderen muß es sich darum handeln, die Kräfte, die einheitlich im Kampf gegen das bisherige System der Parteipolitik, aber zugleich auch positiv für die Schaffung einer lauberen, sachlichen und wahrhaft preussischen Weise getragenen bürgerlichen Regierung einsteht werden können, mit vereinter Zielsetzung ins Feld zu führen. Enge parteipolitische Gesichtspunkte, insbesondere der Versuch, die eigene Partei auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien zu bereichern, müßten dabei von vornherein ausscheiden.

Es geht ein starkes Sehnen durch das nationale Bürgerturn in allen seinen Teilen, die großen staatspolitischen Gesichtspunkte in diesem Augenblick in den Vordergrund zu stellen. Dabei muß das historische Recht und die politische Grundanschauung aller an dieser Zusammenarbeit beteiligten Parteien geachtet werden, wenn überhaupt das gemeinschaftliche Ziel erreicht werden soll: Deranführung einer möglichst großen Anzahl von nationalen bürgerlichen Stimmen für die Wiederanrichtung eines lauberen und unparteiisch regierten Preußenstaates. Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Ich bin der Auffassung, daß auch die letzte

Möglichkeit noch ausgenutzt werden muß und kann, um dieses große Ziel zu erreichen.

Weder die deutschnationale Partei noch die Deutsche Volkspartei haben zu befürchten, daß im bevorstehenden Wahlkampf wesentliche Teile ihrer Stimmen dadurch verloren gehen, daß von ihnen nicht genügend Mandate in den Wahlkreisen erobert werden. Zur Erreichung des Gesamtzieles aller bürgerlichen Kreise aber kann nicht die Rücksicht auf die eigenen Parteinteressen entscheidend sein, sondern die Überzeugung: Welcher Weg kann unter Wahrung völliger Gleichberechtigung und unter Verzicht auf jedes verlegende Prestigebedürfnis die Erhaltung aller nationalen bürgerlichen Stimmen sicherstellen?

Ich mache folgenden Vorschlag:  
1. Die deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erklären sich bereit, an folgender Abmachung teilzunehmen:

Die in Betracht kommenden Parteien stellen in den Wahlkreisen eigene Listen auf. Die Wahlkreislisten werden in den Wahlkreisen untereinander verbunden, die Reihungen gehen auf eine gemeinschaftliche preussische Landesebene.

2. Für die Aufstellung der gemeinschaftlichen Landesliste kann unter Verzicht auf heimliche Parteivorteile kein anderer Ausgangspunkt gefunden werden, als das Stimmverhältnis, wie es sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom September 1930 darstellt.

3. Für den Fall Ihres Einverständnisses, das mir mit Rücksicht auf die drängende Zeit auch telephonisch übermittelt werden könnte, erkläre ich mich bereit, sofort eine Zusammenkunft der Führer aller in Frage kommenden bürgerlichen Gruppen einzuberufen. Rame es zu einer solchen Abmachung auf Grund meiner Vorschläge, die bei gutem Willen und bei genügender Großartigkeit auf allen Seiten auch jetzt noch erreichbar ist, so würde die politische Schlagkraft des nationalen Bürgerturns bei der Wählung der Dinge in Preußen und darüber hinaus in dem erhofften Maße gefördert werden. Meine Freunde würden sich für ein solches Zusammenwirken auf breiter Front unter Verzicht auf parteipolitische Geltungsbedürfnisse gern bereitstellen. Dagegen sind wir der Meinung, daß Wahlabschwächungen auf engerer Grundlage, die nur einem Teil des nationalen Bürgerturns einen Erfolg im dem erstrebten Sinne nicht verbürgen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
bin ich Ihr ergebener  
Dingeldey, R. d. A.

maß zur Verfügung zu stellen und eine schwere Verantwortung zu übernehmen, daß jetzt dieselben Leute kommen und diesen Staatsmann, der mutig, klar und zielicher diese schwere Verantwortung getragen hat, in den Staub zu ziehen. Es geht nicht nur um politische, sondern um menschliche Entscheidungen, um Entscheidungen für Deutschlands Ehre und Zukunft.

Sie sind verantwortlich dafür, daß der Feldmarschall am kommenden Sonntag mit einer gewaltigen Mehrheit gewählt wird, wo er für das Ausland und Inland der sicheren Garant einer harten, zielichen, für die Zukunft glaubensgewirkten Politik ist. Und daß nur dann die Dinge schnell geregelt und schnell erreicht werden können, die wir uns alle geleht haben, wenn ein Mann an der Spitze steht, der in seiner Vergangenheit, in seinem Charakter und in seiner monumentalen Persönlichkeit nicht nur einen Eindruck ohne Gleichen auf die Welt macht, sondern darüber hinaus eine Verehrung ohne Gleichen genießt.

Der Kanzler schloß mit einem eindringlichen Appell an alle, sich zu befinden und bis zum letzten Sonntag alle Kraft einzusetzen für die Klärung und Durchbringung der Wahrheit, weil dieses Einsehen um das Schicksal Deutschlands mit Hindenburg für Deutschlands Glück und Freiheit!

Der Rede folgte langanhaltender donnernder Beifall. Nach dem Reichskanzler ergriff der Außenminister A. D. Dr. Curtius zu einigen abschließenden Ausführungen das Wort.

## Deutschnationale Abgabe an Dingeldey.

Berlin, 5. April.

Der von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Dingeldey in seinem offenen Brief an Eugenbergs gemachte Vorschlag, bei den Dreihundertwahlen eine Listenverbindung einzugehen, hat von deutschnationaler Seite eine glatte Abgabe erfahren, was zwar nicht von Eugenbergs, sondern von dem Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover, Schmidt betont, daß es mit Rücksicht auf die kurze noch zur Verfügung stehende Zeit technisch unmöglich sei, die in Betracht kommenden Gruppen zusammenzufassen. Da die DDP den Wahlkampf bereits begonnen und ihre Wahllisten aufgestellt habe, so werde der offene Brief Dingeldeys von vielen nur als ein Versuch angesehen werden, sich in letzter Stunde der Verantwortung des Scheiterns des deutschnationalen Sammelungsbedenkens zu entziehen.

## Graf Beckarp zur Hindenburgwahl.

Frankfurt/Oder, Montag abend sprach hier Graf Beckarp auf einer Rundgebung des Hindenburg-Ausschusses. Man hatte auf jeden Plagatschmud verzichtet. Graf Beckarp besprach eingehend die außenpolitische Lage. Sowohl in der Abrüstungsfrage als auch in der Tributfrage, so laute er unter anderem weiter, wolle Deutschland jetzt keine Rechtsansprüche durchsetzen. Tribute würden wir nicht mehr zahlen, da unsere Erfüllungsverpflichtungen längst erfüllt seien. Brünnens, der im Auslande großes Vertrauen genießt, sei entschlossen, ein doppeltes Nein auszusprechen. Er könne aber nur Erfolg haben, wenn das deutsche Volk geschlossen hinter ihm stehe. Deshalb sei es wichtig, daß Hindenburg eine möglichst große Anzahl von Stimmen bekomme. In Brünnens sei es, wenn die Nationalsozialisten den Freiwählern der Nation anrufen, aber mit harten Worten allein sei wenig zu machen, sondern das Volk müsse zu neuen Taten bereit sein. Im Osten brenne die Grenze. Der Volk warte nur darauf, daß er überfließen, Ostpreußen und Danzig an sich reißen könne. Hindenburg und Groener hätten deutlich zu verstehen gegeben, daß das deutsche Volk gewillt sei, einem Einfall der Polen mit aktivem Widerstand zu begegnen. Auch eine etwaige Wiederbesetzung des Ruhrgebietes könnten wir nur mit Erfolg abwehren, wenn das deutsche Volk geschlossen sei. Um die deutsche außenpolitische Stellung zu härten, und um innerpolitische Erschütterungen zu vermeiden, habe sich Hindenburg wieder zur Verfügung gestellt. Hindenburg sei tatsächlich ein überparteilicher Kandidat, was man von Hitler nicht behaupten könne. Hindenburg stehe sich von keiner Partei Vorschriften machen.

Ich spreche dafür in diesem  
Hunderttausend die Maßnahme  
aus, daß sich jeder über den Parteien  
das Vaterland hinaus muß.  
von Hindenburg

## Eine Reichstanzler-Rede für die Wahl Hindenburgs.

Karlsruhe, 5. April.

Nach Beendigung seines Osterurlaubes begann Reichstanzler Dr. Brüning in Karlsruhe vor 6000 Zuhörern seinen Redefeldzug. Der Reichstanzler skizzierte die Bedeutung des zweiten Wahlganges, ankündigend an seine letzte Rede vor dem ersten Wahlgang in Breslau, in der er ausgeführt hatte: „Die Wochen, die vergehen werden zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang, sind Wochen schwersten Geschehens, in denen aber durch die Schuld eines Teiles des deutschen Volkes die Reichsregierung außenpolitisch nicht so verhandlungsfähig ist, wie es notwendig wäre.“ Daß er nicht nach London fahren könne, sei nicht so bedauerlich, weil ausgezeichnete Männer an seiner Stelle fahren werden. Daß das deutsche Volk nun noch drei weitere Wochen in den Wahlkampf gezogen werde, sei ein trübes Zeichen für den Teil, der die Kampagne herbeigeführt habe. So lange wir die jetzige politische Stabilität in Deutschland nicht sichern und nicht sichern können, so lange wird es durch die immerwährenden politischen Unruhen keine Erholung der Wirtschaft geben und wird die Ankurbelung der Wirtschaft auf sich warten lassen.

Dr. Brüning beschäftigte sich sodann eingehend mit der nationalsozialistischen Bewegung. Diese habe keineswegs die Absicht, produktiv mitzuarbeiten. Als Beispiel seien Hessen und andere Staaten anzuführen, in denen die Nationalsozialisten zur Macht gelangt seien.

Wenn auch Hitler für den Fall seiner Reichspräsidentenschaft sozusagen kein Alibi schon vorher gegeben habe, so bleibe doch das eine bestehen, daß der Nationalsozialismus etwas erstrebe, was in diesem Jahre historischer Entscheidung für das Schicksal des deutschen Volkes das Allergeschwerste

sei, denn die großen Dinge, die langsam herangerückt sind, in der Außenpolitik und die wir zum Teil bewußt herbeiführen konnten, diese Dinge sind nur dann zu vollem Erfolg zu bringen, wenn es gelingt, das System der vergangenen zwei Jahre, das System der jetzigen Regierung, durchzuhalten, niemals dem Volke demagogische Versprechungen zu machen, sondern die Wahrheit zu sagen. (Stürmischer Beifall.) Der Kanzler fuhr fort: Eines hat die Reichsregierung für sich: sie hat dem In- und Auslande bewiesen, daß sie selbst in solchen Krisenzeiten, selbst bei sechs Millionen Arbeitslosen, das Volk ruhig über den schwersten aller Winter hat hinwegbringen können. Das ist eine Leistung, die dem deutschen Volke und der Welt ein Prestige unter Führung des jetzigen Reichspräsidenten geschaffen hat.

Der Kanzler kam dann auf die Persönlichkeit Hindenburgs selbst zu sprechen. Wenn ich, so sagte er, mich für Hindenburg einsetze, so tue ich es nicht nur aus Gründen sachlicher Politik, sondern weil ich alles in mir aufbäume gegen die Gemeinheit der Agitation, die gegen diese verehrungswürdige historische Person gerichtet wird. (Stürmischer Beifall.) Ich denke dabei auch an die Ehre des deutschen Volkes und fühle mich verpflichtet, den Kampf um diese Ehre durchzuführen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Es muß der Augenblick kommen, früher oder später, wo sich das deutsche Volk schämen wird, daß es überhaupt einen Kampf um die Reichspräsidentenschaft in diesem Augenblick hat geben können.

Hindenburg ist nicht zu ersetzen. Es bleibt im Leben des Feldmarschalls eine Tragik, daß man ihn immer dann geholt hat, wenn Not und Schwierigkeiten aufs Allerbeste gestiegen waren.

Wir werden nicht zulassen, nachdem der Feldmarschall im Jahre 1925 gebeten und gedrängt worden ist, sich noch

# Wählt Nr. 1 Hindenburg!

Ein Jeder erfülle seine Pflicht.